



Merkel
Deutschland

Zeit der Wahlgeschenke, wie wir sie auch heute noch von anderen Parteien versprochen bekommen, ist endgültig vorbei. Wir brauchen dringend einen politischen Neuanfang.“ Für einen Neuanfang brauche Deutschland in allen Bereichen mehr Wachstum. Sie zählt auf, „Wachstum an Teilhabe, Wachstum an Gerechtigkeit, Wachstum an Bildung, Wachstum an Innovation, Wachstum an Wirtschaftskraft“, und fasst zusammen, „kurzum - es geht um Wachstum in einem umfassenden Sinn. Denn nur dieses Wachstum bringt mehr Arbeit und bessere Chancen für alle.“ Die Bundesvorsitzende der CDU gibt die Richtung vor: „Die Union hat ein sehr konkretes Regierungsprogramm vorgelegt. All unsere Vorhaben sind solide durchgerechnet und gegenfinanziert. Dabei gilt für uns: Vorfahrt für Arbeit und Zukunft für Kinder. Wir werden alle unsere Maßnahmen daran messen, ob sie Arbeitsplätze fördern und ob sie die Zukunftschancen von Kindern verbessern. Denn nur ein Land, das der Chance auf Arbeit und Zukunft für Familien einen höheren Stellenwert einräumt, ist auch ein soziales Land. Ich möchte, dass die Menschen wieder optimistisch in Zukunft blicken können.“ Dafür steht Angela Merkel und die CDU.



Mit Sicherheit CDU

Spätestens seit den schrecklichen Anschlägen von New York, Madrid und London wissen wir: Ohne Sicherheit ist unsere Freiheit bedroht. Terrorismus und die organisierte Kriminalität sind zunehmende Gefahren. Diese neue Sicherheitslage erfordert neue Sicherheitskonzepte.
Ziel der CDU ist es, dass die Menschen in Deutschland ein Leben in Frieden und Freiheit und ohne Angst führen können. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 6,6 Millionen Straftaten verübt. Das sind über 60.000 Fälle mehr als im Vorjahr 2003. Ein Vergleich der Bundesländer macht aber Unterschiede deutlich: In den unionsregierten Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Saarland gab es bundesweit die wenigsten Straftaten auf 100.000 Einwohner. Das zeigt: In den unionsregierten Ländern leben die Menschen am sichersten. Um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, muss die Kronzeugenregelung wieder eingeführt werden. Wir brauchen mehr verdeckte Ermittler, eine konsequente Überwachung von Verdächtigen und besseren Zugriff auf Verbrechensgewinne. Wir wollen den konsequenten und umfassenden Einsatz der DNA-Analyse zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten. Wir werden die Rauschgiftkriminalität energisch bekämpfen. Die hohe Zahl der Sexualverbrechen, vor allem an Kindern, ist schockierend. Wir fordern etwa z.B. eine nachträgliche Sicherheitsverwahrung. Wir werden den Einsatz der Bundeswehr im Inland für die Abwehr von terroristischen Gefahren zulassen. Wir werden schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern einführen und die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen. Wir werden eine Visa-Warndatei einführen. Ausländische Straftäter müssen konsequent abgeschoben werden.



Vertrauen verspielt

In den letzten Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung internationales Vertrauen verspielt und Deutschlands Ansehen in der Welt beschädigt: durch eine Schwächung der europäischen Einigung, durch eine systematische Aushöhlung unserer Bündnisfähigkeit in der NATO, durch eine prinzipienlose Russland- und Chinapolitik, durch eine rechtswidrige Visa-Politik, die deutsche und europäische Interessen verletzt.
Rot-Grün hatte kein außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept. Mit nationalen Alleingängen, der mutwilligen Schwächung des europäischen Stabilitätspakts und einseitigen Parteieinmütigkeiten im Europäischen Rat hat Rot-Grün Europa gespalten und seine Glaubwürdigkeit beschädigt. Die CDU setzt dagegen auf ein bürgernahes Europa. Eine starke und politisch geeinte Gemeinschaft liegt in unserem Interesse. Wir wollen die Aufgaben der Europäischen Union nur auf das Notwendige beschränken. Wir werden nur beitragsfähige Länder in die Europäische Union aufnehmen. Die Türkei ist ein befreundetes Land und ein verlässlicher Partner. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist aber nicht der richtige Weg. Die EU hat 2004 zehn neue Mitglieder aufgenommen, 2007 sollen Rumänien und Bulgarien folgen. Die Aufnahme der Türkei, eines so großen und bevölkerungsreichen Landes, würde die EU überfordern. In der Türkei leben derzeit rund 70 Millionen Menschen, die Bevölkerung wächst jährlich um eine Million Menschen. Für uns hat die politische Festigung der EU Vorrang. Wir wollen, dass Erweiterung und Vertiefung sich die Balance halten. Statt einer Vollmitgliedschaft schlagen wir eine „Privilegierte Partnerschaft“ vor.
Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung und für die transatlantische Partnerschaft sind Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik. Deutschland muss wieder ein verlässlicher Partner in der Welt werden.



7 verlorene Jahre

Die Bilanz nach sieben Jahren Rot-Grün ist dramatisch: Jeden Tag 1000 Arbeitsplätze weniger. 5 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Eine Million Kinder leben von staatlicher Hilfe. Alle 15 Minuten macht eine Firma pleite, 40.000 im Jahr. In jeder Stunde kommen 6 Millionen Euro neue Schulden hinzu. Deutschland liegt in Europa auf dem letzten Platz beim durchschnittlichen Wachstum der letzten sieben Jahre. Eine Abwärtsspirale: Die Sozialkassen sind leer und die Staatsfinanzen stecken in einer beispiellosen Krise.
Versprochen-Gebrochen ist das Motto. Vor der Wahl 2002 verspricht Schröder den Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt. Heute sind fast 5 Millionen ohne Arbeit! Jetzt verspricht Rot-Grün jeden Monat aufs Neue den Aufschwung oder die Trendwende. Erst werden bei der Rente die Reformen der Vorgänger-Regierung zurückgenommen, dann wieder eingeführt. Erst wird angekündigt, bis 2006 die Neuverschuldung auf null zu bringen, dann werden Schulden ohne Ende gemacht. Erst senkt Rot-Grün die Steuern für Kapitalgesellschaften, dann ist von „Heuschrecken“ die Rede. Das aktuelle Wahlprogramm der SPD macht deutlich: mit Rot-Grün gibt es nur ein „Weiter so“. Weiter unehrlich. Dieses Mal sind es nicht zu finanzierende Wahlgeschenke in Höhe von 60 Milliarden Euro. Weiter widersprüchlich. Jahrelang hat Gerhard Schröder die Bürgerzwangsversicherung abgelehnt. Nun will die SPD sie einführen. Weiter kraftlos. Das SPD-Wahlmanifest enthält wie Schröders Abschluss-Appell im TV-Duell: kein Wort zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit, kein Wort zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums, kein Wort zur Verringerung der Rekordverschuldung. Und. Für die SPD tritt ein Kanzlerkandidat an, der in den Plänen seiner Partei für die Zeit nach der Wahl schon keine Rolle mehr spielt.